

Zeitschrift für Diskursforschung
3. Beiheft 2018

**Zeitschrift für
Diskursforschung**
Journal for
Discourse Studies

**(Kon-)Texte des
Politischen**

3. Beiheft

Łukasz Kumiega | Christian Karner (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

Inhalt

<i>Lukasz Kumiega, Christian Karner</i> Zum Politischen in Texten und in deren Kontext: theoretische Verortungen	3
<i>Christian Nestler, Jan Rohgalf</i> Mitte contra Mainstream Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt	16
<i>Christian Karner</i> (Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich	54
<i>Alicja Raciniewska</i> Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode	80
<i>Julia Maria Zimmermann</i> Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament Eine narrative Aussagenanalyse	111
<i>Jacob Nuhn</i> AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen Framings der Bewegung „Freiheit und Frieden“ in der „Gazeta Wyborcza“ im Revolutionsjahr 1989	142
<i>Janett Haid</i> Das politische Wir – Eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern	178
<i>Silvia Bonacchi</i> Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter am Beispiel der Islam-Debatte	211

Peter Schiffauer, Izabela Jędrzejowska-Schiffauer
Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen
Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder
Desintegration?

235

Zum Politischen in Texten und in deren Kontext: theoretische Verortungen

Seit ihrer Entstehung beschäftigen sich Teile der Sozial- und Geisteswissenschaften mit den gegenseitigen Verstrickungen von Macht und Sprache. Makrosoziologische, konflikttheoretische Ansätze – insbesondere, jedoch keineswegs ausschließlich marxistischer Ausrichtung – zeigen ein derartiges Interesse an den gelebten Formen sozio-ökonomischer Ungleichgewichte und anderer Machtverhältnisse vielleicht am deutlichsten, man denke beispielsweise an mittlerweile lang andauernde Diskussionen zum Ideologiebegriff (z. B. Althusser 2008; Augoustinos 1997; Žižek 1989) oder an die feministische Erforschung und Kritik patriarchalischer Strukturen (z. B. Butler 1991; Mies 1988). Gleichzeitig definiert der Versuch, das Politische in der Sprache und den sprachlichen Ausdruck sozialer Unterschiede und institutionalisierter Ausgrenzung zu durchleuchten, auch gänzlich anders orientierte, mikrosoziologisch fokussierte Ansätze. Hier sei exemplarisch auf Harold Garfinkel und die Ethnomethodologie verwiesen (Garfinkel 2004), die die Rolle alltäglicher Interaktionen in der Reproduktion sozialer Beziehungen und generell unreflektierter Annahmen behandeln.

Sozusagen strukturell ‚dazwischen‘, auf einer analytischen meso-Ebene gelegen, sind vielfältige diskursanalytische Ansätze zu verorten, denen Folgendes gemein ist: ein Verständnis von Sprache als „soziale Praxis“, in der sich Machtstrukturen manifestieren; gleichzeitig wird hier jede Form gesprochener oder geschriebener Sprache auch als wieder auf die sie generierenden politischen Verhältnisse rückwirkend begriffen – sei es als Teil der Mechanismen sozialer Reproduktion, als Ausdruck kultureller Hegemonie, oder auch als versuchte politische Kritik, die auf sozialen Wandel abzielt (z. B. Chouliaraki/Fairclough 1999; Reisigl/Wodak 2001; Weiss/Wodak 2003).

Die hier vorliegende Einleitung und das darauf aufbauende Beiheft der Zeitschrift für Diskursforschung behandeln konkrete, in ihrer Gesamtheit jedoch vielfältige Relationen zwischen dem Politischen, diversen Kontexten und spezifischen Texten. Wir verfolgen das primäre Ziel, das Verhältnis

zwischen Macht, sozialen Hierarchien und deren diskursiven Spuren und Manifestationen von diversen methodologischen Gesichtspunkten zu reflektieren. Dabei stützen wir uns auf ein grundsätzliches Verständnis von Sprache als ein „elementares Medium des Weltverstehens und Weltveränderns“ (Gadinger/Jarzebski/Yildiz 2014, S. 3). Aufgezeigt wird somit eine breite Palette bewusst gewählter Methoden für die Analyse des Politischen im sprachlichen und institutionalisierten Alltag, die ihren Fokus jeweils stärker sprachwissenschaftlich, sozialwissenschaftlich oder interdisziplinär definieren. Gleichzeitig bietet jeder unserer Beiträge thematisch klar definierte und empirisch ‚selbständige‘ Einsichten in das Zusammenspiel von Macht, ihrem diskursiven Niederschlag und ihrer sprachlichen Aushandlung, wie sie sich vor ihrem jeweils spezifischen sozialen und historischen Hintergrund zeigen. Jeder der hier inkludierten Beiträge liefert dadurch neue Einsichten zu seinem jeweiligen thematischen Schwerpunkt und der damit verbundenen Forschung. Das empirische Spektrum unseres Sammelbandes reicht dabei von politischer Rhetorik in den USA und Venezuela, Deutschlands politischen Parteien und deren Strategien, Österreichs EU-Politik und den damit einhergehenden öffentlichen Debatten, europäischer „Genderpolitik“, Bildkonstruktionen in der Islamdebatte in Deutschland und Polen, bis zu Mode- und Mediendiskursen. Auffallend ist auch die Vielfalt an Daten, Dokumenten und Materialien, die im Blickpunkt unserer Autoren stehen und politische Programme und Reden, Mediendiskurse, Leserbriefe, akademische Texte, Alltagssprache, bildliche Darstellungen und Vieles mehr beinhalten. Als Einheit gelesen, und dies ist wesentlich, präsentiert sich unser Sammelband jedoch gleichzeitig als kohärentes Ganzes. Den uns verbindenden „roten Faden“ finden wir im bereits erwähnten Zusammenspiel vom breit definierten Politischen, seinen jeweiligen Kontexten, und seinen spezifischen textlichen Artikulationen und Aushandlungen. Bevor wir uns unseren einzelnen Beiträgen widmen, gilt es, noch weitere konzeptionelle Vorarbeit zu tätigen.

1. Zum Begriff des Politischen

Unsere Beschäftigung mit dem Begriff des Politischen hat hier eine zentrale Funktion. Es geht in erster Linie darum, ein breiter angelegtes Bedeutungsspektrum zu erfassen als jenes, das vom Konzept der Politik abgesteckt wird, da sich Letzteres vorwiegend nur auf institutionelle Ordnung und die staatliche Verwaltung des Gemeinwesens bezieht. Im Gegensatz dazu möchte die hier gewählte Perspektive einen breiteren Fokus auf gesell-

schaftliche Aushandlungsprozesse der Bedeutungskonstitution in konkreten empirischen Referenzbereichen setzen. Gefragt wird also vor allem danach, wie bestimmte Phänomene ‚gemacht‘, definiert, ausgehandelt, legitimiert und ggf. in Frage gestellt werden (können). Ob Geschlechterpolitik, kollektives Selbstverständnis, kulturelle Praktiken oder versuchte Antworten auf tiefgreifenden sozialen Wandel – die hier besprochenen Phänomene werden anhand der jeweiligen zu verwendenden Konzepte und methodischen Ansätze als von diskursiven Prozessen geformt verstanden. Aus den darauffolgenden Analysen resultiert der unser Gesamtprojekt charakterisierende Anspruch, die vielen Facetten eines derart breit angelegten Begriffs des Politischen zu erfassen. Des Weiteren kann sich der hier verfolgte Zugang auf die jüngere Forschung zu politischen Narrativen berufen, in welcher politisches Erzählen als essenzieller Bestandteil der gesellschaftlichen „Sinnvermittlung und Legitimitätserzeugung“ sowie des Stellens und der „Verkörperung von Machtansprüchen“ (Gadinger/Jarzebski/Yildiz 2014, S. 10 f.) begriffen wird.

Dazu gibt es einige begriffliche Vorschläge und Vorbemerkungen, die politikwissenschaftlichen, polito-linguistischen, politisch-philosophischen und diskurs- bzw. dispositivanalytischen Diskussionen entstammen und die hier kurz zu besprechen sind. Zum einen soll auf die in der Politikwissenschaft und in der Politolinguistik oft verwendete Unterscheidung (vgl. z. B. Meyer 2005) zwischen *polity*, *policy* und *politics* hingewiesen werden. Unter *polity* werden Normen, Prinzipien, Regeln und Werte einer politischen Kultur bzw. eines politischen Systems verstanden, die die Grundlage politischer Handlungen bilden. *Policy* beschreibt hingegen die konkreten Inhalte politisch institutionalisierter Beschlüsse, Entscheidungen und der daraus resultierenden rechtlichen Rahmenbedingungen für staatlich sanktioniertes Handeln. Und mit *politics* wird der Moment der spezifischen Artikulation von politischen Inhalten verstanden, der Prozesse der möglichen Interessens- und Konfliktbildung zwischen unterschiedlichen Akteuren in den Vordergrund rückt. Die derart ausdifferenzierten Facetten kann man des Weiteren entlang von drei metasprachlichen Begrifflichkeiten erfassen: Strukturen (für *polity*), Inhalte (analog zu *policy*) und Prozesse (die Sphäre der *politics* betreffend). In diesem Sinne ist diese Unterscheidung als eine analytische zu verstehen, und die hier ausdifferenzierten Ebenen sollen als sich gegenseitig bedingend begriffen werden. Gleichzeitig ermöglicht diese Konzeptualisierung unterschiedliche Akzentsetzungen bei der Beschäftigung mit dem derart breit gefassten Politischen, die sich im Falle des hier vorliegenden Bandes vor allem auf die Ebene seiner Prozesshaftigkeit konzentriert.

Eine weitere für uns relevante Argumentationslinie baut auf Chantal Mouffes emanzipatorischem, wohlgeleitet politisch motiviertem Konzept des Politischen auf (Mouffe 2007). Mouffe bestimmt das Politische als Kampf zwischen strukturell unterschiedlich positionierten Gegnern. Sie plädiert für eine Neuorientierung der Linken und erstellt ein Konzept der „radikalen Demokratie“, das sie als Gegensatz zu einem Verständnis von Demokratie als unproblematischen, horizontalen und inklusiven Aushandlungsprozess zwischen gleichmächtigen Individuen versteht. Eine Alternative dazu erkennt man im sozialwissenschaftlichen Diskurs, der das Politische auf die ungleiche Verteilung von diversen Ressourcen und auf den Kampf um jene bezieht, und der dadurch die strukturell bedingten und differenzierten Möglichkeiten einer Person oder Gruppe, Entscheidungen zu treffen und durch diese ihr Umfeld (neu) zu formen, thematisiert.

Das Politische kann man gleichzeitig auch etwas anders fassen, indem man es mit dem von Foucault stammenden Dispositivbegriff verbindet. Zunächst einmal ist zu klären, was Foucault unter Dispositiv versteht:

„Was ich unter diesem Titel festzumachen versuche, ist erstens ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architektonische Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfasst. Soweit die Elemente des Dispositivs.“ (Foucault 1978, S. 119)

Die erste Dimension des Dispositivs ist also als eine Menge von konstitutiven Elementen aufzufassen. Die zweite Ebene betrifft die zentrale Eigenschaft eines Dispositivs, nämlich seine netzwerkartigen Verbindungen zwischen seinen jeweiligen Bestandteilen. Um abermals mit Foucault zu sprechen, „das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann“ (Foucault 1978, S. 119). Auf dieser Ebene wird deutlich, dass die oben zitierten Elemente nicht unabhängig voneinander existieren, sondern in Wechselbeziehungen zu einander stehen und so eine Struktur bilden. Bührmann und Schneider (2008) weisen darauf hin, dass diese Verknüpfungen nicht als einfache Summe der einzelnen Elemente zu verstehen sind. Für unsere Zwecke wird zu klären sein, welche konkreten Verknüpfungen ein bestimmtes Dispositiv charakterisieren. Damit gelangt man zur dritten Dimension des Dispositivbegriffs, die als strategische Ebene bezeichnet wird. Die Strategie eines Dispositivs entscheidet, wie und unter welchen Umständen sich das Netz konstituiert. Das resultiert aus der Be-

stimmung eines Dispositivs als „Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand (urgence) zu antworten“ (Foucault 1978, S. 119). Auf dieser Ebene werden Funktionen der jeweiligen dispositiven Elemente sichtbar. In diesem Sinne fungiert ein Dispositiv als „Problemlösungsoperator“ (Bühmann/Schneider 2008, S. 53), der die Aufgabe hat, gesellschaftliche Problemlagen zu bearbeiten und ggf. auch zu lösen.

Mit der Wahl dieser an Foucault anknüpfenden Optik, in der das Dispositiv als eine Denkfigur zu verstehen ist, ist es möglich, die Grenzen und Möglichkeiten des Politischen aufzuzeigen. Es geht dabei darum, zu eruieren, nach welchen Logiken sich das Politische konstituiert und von welchen externen Faktoren diese Konstituierung abhängt. Das bedeutet auch, dass der Dispositiv-Ansatz in mindestens zweierlei Hinsicht nutzbar sein kann. Bezogen auf einen konkreten empirischen Gegenstand, ist aus dieser Perspektive sowohl nach politischen Inhalten als auch nach den Verbindungen zwischen dispositiven Elementen zu fragen. Im Falle einer konkreten Institution oder eines diskursiven Feldes kann beispielsweise hinterfragt werden, ob die zu identifizierenden politischen Inhalte durch Widersprüchlichkeit, durch fehlende oder gegebene ideologische Stimmigkeit oder auch durch die Akkumulation diverser politischer Kapitale gekennzeichnet sind. Ferner, und bezogen auf meist stark ausgeprägte Mechanismen eines „Normalitätsdispositivs“, wäre zu erforschen, welche Inhalte zugelassen und welche abgelehnt werden, sowie aus welchen (meist strategischen) Gründen dies geschieht. Hier erweist sich der von Foucault erwähnte „Notstand“, auf den mit konkreten Praktiken reagiert wird, als relevant und nicht selten entscheidend. Externe „Krisen“ (vgl. auch Bourdieu 1977) und erlebte oder empfundene „Notstände“ können einerseits Hindernisse für manche Inhalte und politische Positionen darstellen. Andererseits kann ein „Notstand“ aber auch eine gewisse „Neuordnung“ anderer Inhalte und sozialer Verhältnisse ermöglichen. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende analytische Fragen: Durch welche machtbezogenen Mechanismen wird politische „Normalität“ hergestellt? Und welche Gegendiskurse versuchen, dominierende Normalität zu brechen?

Somit sind die theoretischen Voraussetzungen für unsere vielfältigen Analysen des Politischen – unter ähnlich vielfältigen empirischen Rahmenbedingungen – hinreichend skizziert. Unsere beiden anderen Schlüsselkonzepte, jene des Kontextes und des Textes, verlangen indes nach weiteren Vorbemerkungen.

2. Zum Textbegriff

Der bereits im Titel dieses Bandes verwendete Begriff des Textes soll in erster Linie unsere empirische Ausrichtung zum Ausdruck bringen. Die hier gesammelten Beiträge versuchen dabei, wie bereits erwähnt, anhand von Textkorpora exemplarisch die Spezifika des Politischen zu reflektieren. Für den in den folgenden Artikeln verwendeten Textbegriff sollen dabei einige grundlegende Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen gilt hier eine Minimaldefinition, nach der Texte als „sozial-kommunikative Basiseinheiten“ betrachtet werden (Heinemann 2011, S. 55). Des Weiteren verstehen wir hier solche sprachlichen Objekte der Analyse, in allen ihren möglichen Formen mündlicher, schriftlicher oder anderer symbolischer Artikulation, als materielle Phänomene. Als solche, und dem konstruktivistischen Grundgedanken folgend, erfüllen Texte auch entscheidende Funktionen der Wissenskonstitution und stehen dadurch im Brennpunkt jener gesellschaftlichen Praktiken, die Foucault (siehe oben) als das historisch spezifische Zusammenspiel von (institutionalisierter) Macht, (möglichem) Widerstand, und der Herstellung disziplinierter – und sich im Endeffekt meist mehr oder weniger selbst disziplinierender – „Subjekte“ skizziert.

Darüber hinaus teilen wir Benno Herzogs Darstellung von Texten als konstitutiv offen: Demnach wird Sinn „von Lesenden im Dialog mit dem Text hergestellt“, was wiederum „konstante Arbeit verlangt“, da „eine bestimmte Leseart zwar nahegelegt wird, aber nicht festgelegt ist“ (Herzog 2013, S. 9; man vergleiche auch Hall 1980). Ein derartiges, Sinn erst schaffendes oder fixierendes Zusammenspiel unserer sprachlicher „Basiseinheiten“ mit den sie rezipierenden sozialen Akteuren verweist auch unmittelbar auf den weiteren Kontext eines jeweiligen Textes. Wie unsere Beiträge verdeutlichen, sind solche Kontexte immer vielschichtig und verlangen nach genauer Beschreibung und Analyse. Als weitere Vorbemerkung sei hier jedoch auch noch auf Ruth Wodak verwiesen, die uns deutlich vor Augen führt, dass der Kontext eines zu analysierenden Textes unweigerlich weitere Texte umfasst. „Texte“, erinnert sie uns, „stehen immer in größeren Zeit- und Raumzusammenhängen, synchron und diachron, [und] sind daher niemals als isolierte Informationsäußerungen zu verstehen“ (Wodak 2015, S. 34). Dieses Phänomen der Intertextualität spiegelt sich in jedem der folgenden Beiträge wider, in denen politische Positionen und deren Ausdruck stets in der direkten oder indirekten Auseinandersetzung mit, und Bezugnahme auf, andere (ähnliche und konkurrierende) Positionen erscheinen. Wie unsere einzelnen Beiträge außerdem erörtern, spielen dabei Kämpfe um Definitions- und Deutungshoheit, die versuchte sowie oftmals auch

verweigerte „Kontrolle über die Interpretation der kursierenden Erzählungen einer politischen Kultur“ (Viehöver 2014, S. 72), vor allem in Krisenzeiten eine weitere wesentliche Rolle.

Letztlich bedarf ein interdisziplinäres Projekt wie das hier vorliegende noch einer weiteren Vorbemerkung, so offensichtlich diese auch manchen Lesern erscheinen mag. Die auf diese Einleitung folgenden Beiträge verdeutlichen einmal mehr, dass methodische Herangehensweisen an Texte bzw. deren epistemologischer Status forschungsdisziplinär spezifisch und daher unterschiedlich ausgelegt werden können. So wird, grob skizziert, Texten in sprachwissenschaftlichen Perspektiven eine grundlegende Funktion bei der Identifikation textübergreifender Strukturen inhaltlicher, rhetorisch-argumentativer oder ideologischer Art zugewiesen. Der analytische Schwerpunkt verlagert sich indes für jene Sozialwissenschaftler, die Texte in erster Linie als Spuren sozialer Prozesse betrachten. So gesehen lassen sich zwei idealtypische Ansätze im Umgang mit Texten unterscheiden: In sozialwissenschaftlichen Kreisen können wir häufig von einer Top-down-Modellierung sprechen, während wir es bei sprachwissenschaftlichen Perspektiven oft mit einer Bottom-up Herangehensweise zu tun haben. Ohne schon hier detailliert auf diese Unterschiede eingehen zu wollen, dies sei unseren Autoren und deren Methodik Diskussionen vorbehalten, soll bereits jetzt unterstrichen werden, dass sich manche unserer Beiträge beider Traditionen bedienen oder nuanciertere Kombinationen beider Ansätze entwickeln. Selbstverständlich hat auch dies Tradition, schließlich ist beispielsweise der „diskurshistorische Ansatz“ innerhalb der Kritischen Diskursanalyse, wie ihn die hier schon mehrfach zitierte Ruth Wodak und ihre Kollegen entworfen haben, ein Paradebeispiel dafür, dass schlüssige Analysen von Texten in ihren weiteren Kontexten sowohl den Blick „von oben/außen“ als auch jenen „von unten/innen“ brauchen.

Bevor wir uns unserem dritten Grundbegriff – jenem des Kontextes – widmen, wollen wir nochmals kurz auf die Vielfalt der hier zu besprechenden Textkorpora verweisen. Die im Fokus unserer Autoren stehenden Materialien oder „Basiseinheiten“ stecken, wie bereits erwähnt, ein breites Spektrum an Textsorten oder Genres (Wodak 2015, S. 34) ab: Jene reichen von politischen Manifesten, Positionen und Reden, über Darstellungen in diverse Medien, Leserbriefe, akademische Aufsätze, Alltagssprache, bis zu bildlichen Darstellungen. Im Falle jeder der daraus resultierenden Diskussionen kommt der Frage nach dem für die Analyse entscheidenden Kontext ein zentraler Stellenwert zu.

3. Zum Begriff des Kontextes

Die hier verwendete Minimaldefinition des Textbegriffs verlangt und bedingt also auch eine gründliche Auseinandersetzung mit unserer dritten Schlüsselkategorie – mit jener des Kontextes. Grundsätzlich wird in der Literatur (vgl. z. B. Field 2005) zwischen *co-text* (also der unmittelbaren sprachlichen „Umgebung“, bestehend aus Wörtern, Aussagen oder Teilen von Aussagen und anderen Texten, die vor und nach einer sprachlichen Äußerung produziert werden) und *context* (sprich: dem sozialen Kontext – verstanden als breit gefasste Situation, in der Kommunikation stattfindet) unterschieden. Wissenschaftlichen Debatten (vgl. z. B. Akman 2000) haben deutlich gezeigt, dass wir es hier mitunter mit unscharfen Kategorien zu tun haben, die je nach Forschungstraditionen unterschiedlich „gefüllt“ werden können.

Dabei divergieren die Positionen in ihren jeweiligen Ansätzen zur Beantwortung der folgenden Fragen: 1) Wie „stabil“ oder „fixiert“ erscheint die Bedeutung einer Äußerung bzw. inwiefern hängt diese vom Kontext ab? Man bemerke hier, dass diese Fragestellung bereits gestreifte Diskussionen bezüglich „konstitutiv offener“ Texte (Herzog 2013) wieder aufgreift. 2) Welche konkreten Elemente aus der unmittelbaren oder weiteren Umgebung oder der Vorgeschichte eines zu behandelnden Textes sind bei dessen Analyse zu berücksichtigen? 3) Wie sind unterschiedliche Elemente des jeweiligen Kontextes mit einander verbunden? 4) Wo und wie ist die Grenze eines Kontextes zu ziehen?

Wie unserer wissenschaftlichen Leserschaft hinreichend bekannt ist, beschäftigen sich zahlreiche relevante Forschungstraditionen – man denke beispielsweise an die Sprechakttheorie, die Ethnografie des Sprechens, die Konversationsanalyse oder an den symbolischen Interaktionismus – mit just jeder dieser Fragestellungen und entwerfen dabei zum Teil deutlich variierende Antworten. Da die auf diese Einleitung folgenden Beiträge auch ihre jeweiligen epistemologischen Prämissen und die ihnen zugrundeliegende Konkretisierung des jeweils entscheidenden Kontextes deutlich abstecken, besteht hier keine Notwendigkeit für eine wiederholende Schilderung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den jeweiligen Paradigmen. Eine weitere Vorbemerkung erscheint uns allerdings noch sinnvoll, nämlich die ebenfalls bekannte Beobachtung, dass je nach methodischem Ansatz Kontext entweder als Struktur oder als Prozess verstanden werden kann, was in weiterer Folge häufig makro- oder mikroanalytische Schwerpunktsetzungen bedingt. Auch dies ist allerdings wiederum in Bezug zu den bereits geschilderten, idealtypischen Unterscheidungen zwischen

sozial- bzw. sprachwissenschaftlicher Traditionen – sowie zu deren immer öfter anzutreffenden interdisziplinären Kombinationen – zu lesen.

Da wir uns hier dem Politischen als einem spezifischen Referenzbereich widmen, bei dem die Verbindungen zwischen Sprache und Macht von zentraler Bedeutung sind, ist es naheliegend, ein weiteres Mal die Kritische Diskursanalyse zu Definitionszwecken zu Rate zu ziehen. Hier werden, wie ebenfalls bereits angedeutet, Text und Kontext als unmittelbar und unweigerlich mit einander in einem Wechselspiel stehend verstanden, was wiederum die analytische Einheit von Diskurs ausmacht. Entscheidend ist hier der Versuch, die Relationen zwischen sprachlichen/textlichen Elementen und deren kognitiven, sozialen, politischen, kulturellen und historischen (z. B. van Dijk 2008) Bedingungen zu fassen und nachzuzeichnen. Besonderes Augenmerk sei hier einmal mehr dem Modell der „Wiener Diskursanalyse“ geschenkt, welches zwischen den folgenden vier Ebenen von Kontext unterscheidet: 1) der unmittelbare und textinterne Kontext einer Äußerung; 2) intertextuelle und interdiskursive Relationen zwischen Äußerungen, Texten, Diskursen und Genres; 3) außersprachliche soziale/soziologischen Variablen und institutionelle Rahmenbedingungen der jeweiligen Äußerungssituation; und 4) breit gefasste sozio-politische und historische Kontexte, in die diskursive Praktiken eingebettet und mit denen diese verbunden sind (vgl. Reisigl/Wodak 2001, S. 41).

Des Weiteren liefert Wodak zusätzliche, für unsere Zwecke äußerst relevante Definitionen. Grundsätzlich beschreibt sie Diskurse als „sowohl thematisch (durch Bezug auf ein Makrothema) ... dialogisch-argumentativ wie auch von der Textsorte, dem Genre, stark bestimmt und ... in einzelnen Texten realisiert“ (Wodak 2015, S. 34 f.). Anders formuliert, kann man also Texte als konkrete, einzelne sprachliche Vorfälle verstehen, in denen sich breitere soziale Verhältnisse und systemrelevante Formen von Wissen, Information und Ideologie manifestieren. Gleichzeitig, und auch dies ist entscheidend, sind Prozesse der Subjekt- und Bedeutungskonstitution unvermeidbar dynamisch. Dies verdeutlicht Wodaks Betonung der „Rekontextualisierung“, durch die „sich Topoi und Argumente im Transfer von Genre zu Genre und Öffentlichkeit zu Öffentlichkeit verändern, ... [dabei] neue Bedeutungen gewinnen – d. h. [ein] Eigenleben ... entwickeln“ (ebd.). Derartige Rekontextualisierung will daher als Teil von „Kämpfen um hegemoniale Bedeutungsmacht“ verstanden werden, in deren Rahmen politisch-sozial produzierte „Normalitäten“, Schlüsselbegriffe, aber insbesondere auch vage umrissene „floating signifiers“ hinterfragt, umgedeutet, anders konnotiert oder sogar neu definiert werden können (ebd., S. 29). Auf den Punkt gebracht, verdeutlicht dies einmal mehr, dass sämtliche Kontexte der Arti-

kulation, der Rezeption, der vielfältigen Interpretation und möglichen Umdeutung oder des tatsächlichen ideologischen Widerstandes entscheidende Dimensionen des politischen Handelns durch Sprache (e. g. vgl. Austin, 1962) darstellen.

4. Zu den folgenden Beiträgen

Somit ist die notwendige konzeptionelle Vorarbeit für diesen Sammelband geleistet. Wie schon mehrfach angedeutet, beschäftigen sich die nun folgenden Beiträge in ihrer Gesamtheit mit einer breiten Palette an Themen und Fragestellungen. *Christian Nestler* und *Jan Rohgalf* eröffnen unseren Sammelband mit dem Beitrag „Mitte contra Mainstream: Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt“, in dem die Autoren aus politikwissenschaftlicher Perspektive und am Beispiel der Partei „Alternative für Deutschland“ aufzeigen, wie Narrative des politischen und medialen „Mainstreams“ in den zu untersuchenden Diskursen verwendet und thematisiert werden. Auf konzeptioneller Ebene bedienen sich Nestler und Rohgalf der ökonomischen Theorie der Demokratie und des Begriffs der Deutungsmacht. Der darauffolgende Beitrag „(Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich“ von *Christian Karner* analysiert anhand eines vielfältigen Datenmaterials österreichische Europadiskurse. Die Konzepte der „Deixis“, des „Topos“ und der „Identitätsgrammatiken“ bilden die Grundlage dieses zweiten Beitrags, der sich damit an der kritischen Diskursanalyse und an äußerst relevanten Konzepten der jüngeren Sozialanthropologie orientiert. In ihrem Beitrag „Politisierter Kleidung und politischer Charakter von Mode“ behandelt *Alicja Raciniowska* aus soziologischer Perspektive den akademischen Modediskurs, um auf dieser Basis Mode als „politische Kraft“ verstehen zu können. „Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament. Eine narrative Aussagenanalyse“ – so lautet der Titel eines Beitrags von *Julia Maria Zimmermann*. Die Autorin analysiert hier Gleichstellungsdiskurse anhand einschlägiger Debatten im Europäischen Parlament sowie vor dem theoretischen Hintergrund der aussagenanalytisch angelegten Diskurstheorie (à la Foucault), der politischen Performanz und der narrativen Diskursanalyse. *Jacob Nuhn* – in „AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen: Framings der Bewegung ‚Freiheit und Frieden‘ in der ‚Gazeta Wyborcza‘ im Revolutionsjahr 1989“ – nähert sich polnischen Mediendiskursen, indem er eine Frame-Analyse der nationalen Berichterstattung über eine ökologisch-

antimilitaristische Oppositionsbewegung vornimmt. Den Nutzen einer linguistischen Perspektive auf das Verhältnis zwischen Sprache und Politik veranschaulicht auch der nächste Beitrag „Das politische Wir – eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern“ von *Janett Haid*, in welchem die Autorin eine detaillierte Studie der Funktionen des Pronomens vorlegt. In „Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder. Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter am Beispiel der Islam-Debatte“ geht *Silvia Bonacchi* auf das Verhältnis zwischen dem Visuellen und dem Verbalen anhand polnischer und deutscher Mediendiskurse ein, identifiziert deren grundlegende Merkmale und berücksichtigt bei der Analyse neben semiotischen auch kognitive Dimensionen. In einem interessanten und zu Diskussion anregenden politischen Essay „Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder Desintegration?“, der den Standpunkt der AutorInnen, jedoch keineswegs die Meinung der (Gast)Herausgeber der *Zeitschrift für Diskursforschung* widerspiegelt, behandeln *Izabela Jędrzejowska-Schiffauer* und *Peter Schiffauer* begriffliche Setzungen in Diskursen der europäischen Institutionen und unterziehen sie einer dezidierten Begriffskritik in politisch-praktischer Absicht.

Abschließend sei nur noch kurz die Vorgeschichte – sozusagen der unmittelbare Kontext – zu diesem Projekt erwähnt: Die hier vorliegenden Artikel stellen eine kleine Auswahl der besten deutschsprachigen Vorträge, die im Rahmen einer internationalen Political Linguistics Tagung zum Thema „Doing and Undoing Europe“ im Mai 2014 in Warschau gehalten wurden, dar. Trotz ihrer thematischen Vielfalt verbindet die nun folgenden Beiträge also ein gemeinsames Interesse an den derzeit stattfindenden politischen Verschiebungen, die unseren Kontinent, jedoch nicht nur diesen, wohl kurz-, mittel- und langfristig sowie weitreichend verändern oder zumindest neugestalten werden; gleichzeitig verweisen unsere Autoren – manche explizit, andere indirekt – auch auf wesentlich breitere, tatsächlich globale Dimensionen und Phänomene. Die Tatsache, dass sich seit der ursprünglichen Konferenz gleich mehrere tiefgreifende Krisen gesamteuropäischen Ausmaßes ereignet haben, man denke an Griechenland und die Eurozone, die anhaltende Flüchtlingskrise, den „Brexit“ und einen deutlich sichtbaren Prozess der Fragmentierung durch Renationalisierung, unterstreicht die Aktualität und Dringlichkeit dieses Projekts. Insbesondere unter den gegebenen Krisenbedingungen bedarf es genauer Analysen des Politischen in all

seinen unweigerlich kontextspezifischen Formen. Unsere Ambition und unser Anspruch im Rahmen dieses hier vorliegenden Projektes sind es, einen kleinen Teil zum dringend notwendigen Verständnis von – und zur staatsbürgerlichen Auseinandersetzung mit – Macht, Ungleichheit, Ausgrenzung und politischen Auseinandersetzungen beizutragen. Dabei liegt unser empirisches Augenmerk auf den vielfältigen sprachlichen Manifestationen des Politischen. Gleichzeitig eint die nun folgenden Analysen die diskussionsübergreifende Überzeugung, dass das Ausmaß derzeitiger Krisen und die Komplexität des 21. Jahrhunderts interdisziplinäre Forschung und Debatte verlangen.

Schließlich gilt unser aufrichtiger Dank der Redaktion und den Herausgebern der *Zeitschrift für Diskursforschung*, die dieses Projekt durch zahlreiche Hinweise und eine stets äußerst konstruktive Beschäftigung mit seinem Inhalt tatkräftig und entscheidend unterstützt haben.

In dankbarer Erinnerung an Professor Anna Duszak

Literatur

- Akman, V. (2000): Rethinking Context as a Social Construct. In: *Journal of Pragmatics* 32, S. 743–759.
- Althusser, L. (1984\2008): *On Ideology*. London: Verso.
- Arnold, M./Dressel, G./Viehöver W. (Hrsg.) (2012): *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: VS.
- Augoustinos, M. (1998): Social representations and ideology. In: Flick U. (Hrsg.): *The Psychology of the Social*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 156–169.
- Austin, J. L. (1962): *How to do Things with Words*. Oxford: Clarendon.
- Bourdieu, P. (1977): *Outline of a Theory of Practice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Butler, J. (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bühmann, A./Schneider, W. (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: transcript.
- Chouliaraki, L./Fairclough, N. (1999): *Discourse in Late Modernity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

- Field, J. (2005): *Psycholinguistics: The Key Concepts*. New York: Taylor and Francis.
- Foucault, M. (1978): *Dispositive der Macht*. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (1975\1991): *Discipline and Punish*. London: Penguin.
- Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T (2014): Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): *Politische Narrative: Konzepte, Analysen, Forschungspraxis*. Wiesbaden: VS, S. 3–38.
- Garfinkel, H. (1967\2004): *Studies in Ethnomethodology*. Cambridge: Polity Press.
- Hall, S. (1980): Encoding/decoding. In: Hall, S./Hobson, D./Lowe, A./Willis P. (Hrsg.): *Culture, Media, Language*. London: Hutchinson, S. 128–138.
- Heinemann, W. (2011): Diskursanalyse in der Kontroverse. In: *tekst i dyskurs – Text und Diskurs* 4, S. 31–67.
- Herzog, B. (2013): Ausschluss im (?) Diskurs. Diskursive Exklusion und die neuere soziologische Diskursforschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 14(2), Art. 19, S. 1–19, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1302199> (Abruf 7.7.2016).
- Meyer, T. (2000): *Was ist Politik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Mies, M. (1988): *Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*. Zürich: Rotpunkt.
- Mouffe, Ch. (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reisigl, M./Wodak, R. (2001): *Discourse and Discrimination*. London und New York: Routledge.
- van Dijk, T. (2008): *Discourse and Context. A Sociocognitive Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Viehöver, W. (2014): Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen: Überlegungen zur Rolle der Narrationen in den politischen Wissenschaften. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): *Politische Narrative: Konzepte, Analysen, Forschungspraxis*. Wiesbaden: VS, S. 67–91.
- Wodak, R. (2015): ‚Normalisierung nach rechts‘: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit. In: *Linguistik Online* 73(4/15), S. 27–44, <http://dx.doi.org/10.13092/lo.73.2191> (Abruf 13.5.2016)
- Weiss, G./Wodak, R. (2003): Introduction. In: G. Weiss/R. Wodak (Hrsg.): *Critical Discourse Analysis*. Basingstoke: Palgrave, S. 1–31.
- Žižek, S. (1989): *The Sublime Object of Ideology*. London: Verso.

Christian Nestler, Jan Rohgalf

Mitte contra Mainstream

Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt

Zusammenfassung: Der Begriff „gesellschaftliche Mitte“ ist in der Regel positiv besetzt: etwa ausgeglichen, vernünftig, normal oder pragmatisch. Deshalb gehört er zu jenen Begriffen, die politische Akteure versuchen für sich zu besetzen und mit denen Wahlkämpfe geführt werden. So bedient die Partei „Alternative für Deutschland“ erfolgreich das Narrativ des politischen und medialen „Mainstream“, der den Kontakt zu „Menschen im Land“ mit ihren tatsächlichen Meinungen, Interessen und Nöten verloren habe. Hierin ist eine Intervention zu sehen in die Kämpfe um Deutungsmacht über das, was in der Gesellschaft als normal, vernünftig usw. gilt. Der Beitrag untersucht dieses Narrativ vor dem Hintergrund der ökonomischen Theorie der Demokratie als auch vor der Folie der Deutungsmacht.

Schlüsselwörter: Mitte, Deutungsmacht, AfD, CDU, contre-démocratie

Summary: The ‘middle-class’ is usually associated with positive attributes such as moderate, reasonable, pragmatic or normal. Therefore, political actors turn to this concept, especially in electoral campaigns. Newcomer to the German party system the ‘Alternative für Deutschland’ utilized the ‘middle-class’ with outstanding success. The party deploys a narrative claiming that mainstream media and politics had lost touch with the ordinary people with their opinions, interests and grievances. Pitting this mainstream against an allegedly true middle-class, the party engages in a struggle for the power of interpretation of what is supposedly normal and reasonable in contemporary Germany.

Keywords: middle-class, power of interpretation, Alternative für Deutschland, Christlich Demokratische Union, contre-démocratie

1. Einleitung

„Seit die Achtundsechziger ihren ‚Marsch durch die Institutionen‘ vollendet haben, sind sowohl der öffentliche Diskurs als auch das von ihm geprägte Parteiensystem im Vergleich zu dem nach links gerückt, was sich demoskopisch als reale Meinungsverteilung der Bevölkerung ermitteln lässt.“ (Patzelt 2015a)

Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt spricht seinem Forschungsobjekt, den so genannten „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), die im Winter 2014/2015 mit wöchentlichen Demonstrationen europaweit für Furore sorgten, aus der Seele. Wenngleich ernsthafte Zweifel an Patzels Urteil angebracht sind,¹ nennt er doch einen aktuellen Zankapfel beim Namen. Die Gegenüberstellung von „realer“ Mehrheitsmeinung und gesellschaftlicher Mitte einerseits sowie politischem und medialem Mainstream andererseits, von öffentlicher und veröffentlichter Meinung, ist freilich alles andere als neu, hat aber im Laufe der Jahre 2013–2015 durch das Auftreten von Pegida und die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) deutlich an Prominenz gewonnen.

Wir haben es hier zum einen mit der Klage über ein Repräsentationsdefizit zu tun, das sich nicht allein auf das politische System erstreckt, sondern auch „die Medien“ betrifft: Die „normalen BürgerInnen“, so die Kritik, spielten in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr und würden sich deshalb in dieser Gesellschaft nicht mehr heimisch fühlen. Zum anderen beobachten wir einen Kampf um die Deutung der gesellschaftlichen Mitte, um die Deutung dessen, was in der Gesellschaft als normal und mehrheitsfähig gilt. Die Mitte ist deshalb für politische Akteure mit Blick auf die Ansprache potentieller Wählerschichten wichtig. Der Kampf um die Bedeutung der Mitte findet fraglos nicht im luftleeren Raum statt, sondern rekurriert auf semantische Traditionen. Mit der Mitte wird in der Regel ein Komplex von Bedeutung assoziiert, der sich mindestens bis auf Aristoteles' Mesotes-Lehre

1 So suggeriert er letztlich, dass die Bundesrepublik fest im Griff einer kleinen Minderheit von Alt-68ern sei. Dabei geht er geflissentlich darüber hinweg, dass tatsächlich ein breitenwirksamer – und wissenschaftlich erforschter – Wertewandel vonstattengegangen ist, siehe etwa Inglehart (1998), Castells (2010). Gegen die von Patzelt wissenschaftlich vorgetragene Position gibt es auch Widerspruch an seiner Universität.

zurückverfolgen lässt. Drei maßgebliche Bedeutungsfacetten können dabei unterschieden werden:²

Ökonomisch unterschied bereits Aristoteles die Mitte einerseits von den „sehr Reichen“, andererseits von den „sehr Armen“ (Aristoteles 1965, 1295 b). Allerdings hatte Aristoteles keine kapitalistische Wirtschaft vor Augen. Ökonomischer Tausch dient ihm zufolge naturgemäß dem Ziel, „die Mängel auszufüllen, die der natürlichen Selbstgenügsamkeit des Lebens im Wege stehen“ (Aristoteles 1965, 1256 a-1259 a). Das „Streben nach immer erneutem Gewinn, nach Rentabilität“ (Weber 2006, S. 11), die nach Max Weber den Kapitalismus kennzeichnet, ist Aristoteles noch ein widernatürliches Ansinnen.

Charakterlich meint die Mitte ein ausgeglichenes Gemüt, das von extremen Gefühlszuständen in die eine oder andere Richtung gleichermaßen Abstand hält. Auch hier finden sich Anklänge bei Aristoteles, der ausdrücklich einen Bogen von der ökonomischen Mittellage zur Ausgeglichenheit, dem richtigen Maß und der Tugend als Mitte zwischen den Extremen schlug (Aristoteles 1965, 1295 b).

Politisch evoziert die Mitte die Vorstellungen von Verlässlichkeit, Dauerhaftigkeit und Ausgleich. Oftmals wird der Zusammenhang zu den anderen Facetten hergestellt. Ebenfalls Aristoteles äußerte so den Gedanken, dass eine Regierungsform am stabilsten sei, die sich auf einen breiten ökonomischen Mittelstand verlassen könne. Dieser könne ein Gegengewicht zu den Übertreibungen der Reichen wie der Armen darstellen und so der Gefahr des Verfalls in Oligarchie respektive Ochlokratie, der „zügellosesten Form der Demokratie“, begegnen (Aristoteles 1965, 1295 b-1296 a). Zu Recht weist Kurt Lenk darauf hin, dass die Mitte auch mit einer Politik der Vernunft, des Augenmaßes und des Machbaren verbunden wird, aber auch mit dem Respekt vor dem historisch Gewachsenen (Lenk 2009). Die Mitte soll dann den Unterschied markieren zum großen Gesellschaftsentwurf, zur Ideologie und zur Utopie, die am *lunatic fringe* propagiert werden.³ Diesen wird vorgeblich nüchterner, überparteilicher Pragmatismus gegenübergestellt, der beansprucht, von der Mehrheit getragen zu werden.

2 Zur Semantik von Mitte gewohnt zuverlässig: die „Geschichtlichen Grundbegriffe“, Art. Mittelstand (Conze 1978). Siehe aber auch: Fischer (2007), Münkler (2012).

3 Andersherum ist der Avantgarde gerade die „Trägheit“ der Mitte ein Dorn im Auge, wie Münkler (2012, v.a. S. 25-43, S. 128-136) anmerkt. Liberale und konservative Kritik des utopischen Denkens treffen sich im Rekurs auf die charakterliche wie politische Mitte, vgl. (Neusüss 1972), zur Anatomie des utopischen Denkens jetzt auch Rohgalf (2015a).

Diese semantischen Traditionen bilden den Hintergrund der gegenwärtigen Kämpfe um Deutungsmacht über die Mitte der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, denen sich der vorliegende Beitrag widmet. Dazu wird zunächst der konzeptionelle Zugang (2.) zum Kampf um die Mitte dargelegt. Dafür werden der Wähler und seine politische Verortung in den Blick genommen (2.1). Danach geht es in Anlehnung an Anthony Downs um die Ausrichtung der Parteien an dem dieserart kartographierten Wählermarkt (2.2). Schließlich wird im Verständnis Art. 21 GG der Aspekt „die Parteien wirken an der Meinungsbildung“ mit, insofern hinterfragt, als sie selbst Architekten ihres eigenen Erfolges sein können, wenn sie das Verständnis von Mitte gestalten. Ausgehend von diesen Überlegungen wird die CDU im neuen Jahrtausend betrachtet (3.). Allgemein wird ihr unter dem Vorsitz und der dann folgenden Kanzlerschaft Angela Merkels eine Bewegung zur Mitte bzw. nach links nachgesagt. Vereinfacht lässt sich dies, je nach Standpunkt, entweder als Modernisierung oder als Substanzverlust beschreiben. An diese Überlegungen knüpft die für uns zentrale Diskussion eines konkreten Deutungskampfes um die Mitte an: Es wird erörtert, wie die AfD es vermochte, aus der Gegenüberstellung von Mitte und Mainstream Profit zu schlagen. Das Augenmerk liegt dabei auf der Frühphase der Partei, die maßgeblich durch deren federführenden Mitbegründer Bernd Lucke geprägt war. Es interessiert hier der Eintritt einer neuen Partei in den politischen Wettbewerb. Bereits hier zeichnete sich die Strategie ab, die die Partei im Kampf um Deutungsmacht nach der Entmachtung Luckes im Juli 2015 nur um einiges deutlicher gefahren hat (4.). Abschließend wird der Rekurs auf die Dichotomie Mitte vs. Mainstream durch die AfD in einen breiteren Kontext gestellt (5.).

2. Der Kampf um die Mitte – konzeptioneller Zugang

Auf den folgenden Seiten wird die politische Mitte im Fokus stehen. Lediglich Seitenblicke werden geworfen auf die Aspekte der Ökonomie und des Charakters. Wie können die Mitte und der Kampf um die Mitte konzeptionell erfasst werden?

2.1. Die Wahlberechtigten und ihre politische Verortung

Nehmen wir zunächst an, dass wir für alle Wahlberechtigten jeweils einen Wert ermitteln können, der ihre jeweilige politisch-ideologische Verortung

in einem Links-Rechts-Schema widerspiegelt. Wir gehen davon aus, dass wir mittels geeigneter demoskopischer Methoden die Positionierung aller Wahlberechtigten zu einer Reihe bedeutender Politikfelder (Außenpolitik, Wirtschaft, Verteidigung, Familie, Gesundheit, Soziales, Umwelt usw.) erheben und daraus einen Index errechnen können.⁴

Dabei ist klar, dass es sich hierbei um eine Vereinfachung der Wirklichkeit handelt. Aber die Detailfragen und technischen Schwierigkeiten, mit denen eine solche Erhebung verbunden ist, brauchen uns hier nicht zu interessieren. Ebenso können wir an dieser Stelle darüber hinweggehen, dass eine Abfrage der politischen Positionierung der Wählerschaft in Begriffen von links und rechts bereits eine Definition davon beinhaltet, was und wo die Mitte ist. Eine solche Definition ist für unsere Zwecke unerheblich. Uns interessiert lediglich eine relative Position der Wahlberechtigten (weiter rechts, weiter links), nicht eine absolute Position (Rechts – Mitte – Links).

Ausgehend von dieser Erhebung können wir auszählen, wie viele Wahlberechtigte sich an jeder ideologischen Position befinden. Wir können diese Werte in ein Diagramm eintragen, dessen X-Achse die Links-Rechts-Position abbildet und die Y-Achse die Anzahl der Wahlberechtigten, die diese Position teilen. Auf diese Weise erhalten wir eine graphische Repräsentation der politischen Verortung des *demos* oder genauer: der Verteilung der politischen Positionierung innerhalb dessen.⁵ Wenn in politischen Auseinandersetzungen die „reale Meinungsverteilung in der Bevölkerung“ (Patzelt 2015a) gegen die verzerrte Repräsentation in der „veröffentlichten Meinung“ ins Spiel gebracht wird, dann haben die Verfechter der „öffentlichen Meinung“ so eine Art von Kurve respektive die Fläche unter dieser im Kopf. Diese Verteilung weist oft eine große Stabilität auf, auf die politische Akteure bauen können. Ebenso jedoch sind immer wieder Verschiebungen zu konstatieren. Gesellschaftliche Gruppen können sich radikalieren, aber auch große Teil der Gesellschaft können sich nach links oder rechts „bewegen“, wenn etwa die Toleranz gegenüber Fremden merklich größer wird oder wenn eine marktliberale Wirtschaftspolitik einer keynesianischen in der öffentlichen Wertschätzung den Rang abläuft.

4 Zur allgemeinen Verwendung siehe u. a.: Jahn (2011, 2014), Lo/Proksch/Gschwend (2014). Praktische Anwendung findet man unter anderem in dem Band Nohlen/Stöver (2010), wo es für jedes dargestellte Land eine Abbildung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala gibt.

5 Dabei stellt sich Realität, zumal bei freien und geheimen Wahlen, als dermaßen komplex dar, dass es nicht möglich ist, gleichsam den *demos* als Fläche unter der Kurve klassisch als Integral zu berechnen.

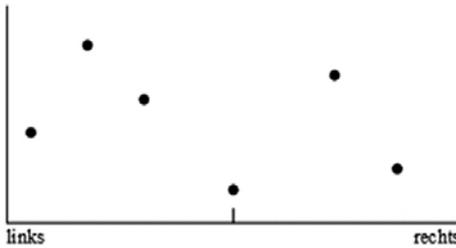


Abb. 1: Verteilung politischer Positionierung in einem Links-Rechts-Schema

2.2. Die Parteien und die Orientierung an der Mitte

Die Präferenzen der Wahlberechtigten sind nicht zuletzt von großem Interesse für die strategische Ausrichtung politischer Parteien. Hiermit spielt die Identifizierung der (politischen) Mitte der Gesellschaft und die Orientierung an dieser Zielgruppe eine nicht zu unterschätzende Rolle. In der Mitte werden Wahlen gewonnen (Schmidt 2004, S. 457). In der Politikwissenschaft wird dieser Umstand auch als Medianwählermodell diskutiert (*median voter theorem*).

Einflussreich formuliert hat Anthony Downs (zuerst in: Downs 1957) dieses Modell. Auch er ordnet in seiner ökonomischen Theorie der Politik die Präferenzen der Wahlberechtigten auf einer Links-Rechts-Achse an. Orientiert am US-amerikanischen Fall geht er zudem zunächst von zwei tonangebenden politischen Parteien aus. Diese positionieren sich mit Programmen bestimmter ideologischer Ausrichtung auf dem politischen „Markt“. So teilen sich die beiden Parteien das politische Spektrum untereinander auf. Zwar sind die Parteien ideologisch nicht gänzlich immobil, aber – so Downs überzeugender Einwand – sie würden ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie ihre Positionierung zu drastisch veränderten, indem sie die jeweils andere Partei rechts bzw. links „überholen“ würden. Um Stimmen hinzuzugewinnen, würden sich die Parteien nach diesem Modell inhaltlich aufeinander zu bewegen. Allein im Spektrum zwischen den von den Parteien bislang bedienten Positionen kann auf Stimmengewinne gehofft werden. Diejenigen Wahlberechtigten, die sich links von der weiter links stehenden Partei verorten, würden, wenn sie wählen gehen, trotzdem dieser Partei ihre Stimme geben. Das Gleiche gilt für die weiter rechts stehende Partei und die Wahlberechtigten, die sich rechts von dieser sehen. Allerdings wendet Downs gegen frühere Fassungen des Medianwählermo-

dells⁶ ein, dass die Orientierung an der Mitte auf der impliziten Annahme beruht, dass die ideologische Positionierung des *demos* eine unimodale Verteilung aufweist. Besitzt die Gesellschaft hingegen kein solches ideologisches Zentrum, sondern ist in zwei Lager gespalten (bimodale Verteilung), so verspricht eine Bewegung nach rechts respektive nach links keinen Stimmengewinn.

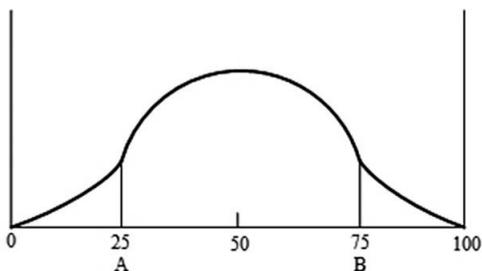


Abb. 2: Zweiparteiensystem (Partei A-B) und unimodale Verteilung der Präferenzen nach Downs]

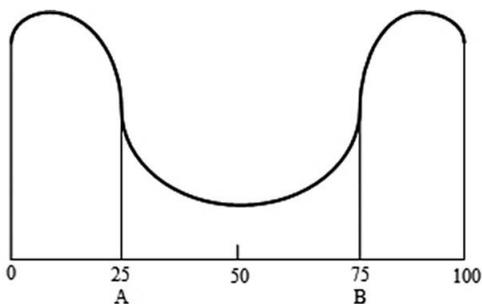


Abb. 3: Zweiparteiensystem (Partei A-B) und bimodale Verteilung der Präferenzen nach Downs]

Allein im ersten Fall ist die Orientierung an der Mitte der Gesellschaft für Parteien strategisch sinnvoll. Wohlgermerkt bezeichnet Mitte hier eine relative Position, nicht eine absolute. Sie meint so nicht die Mitte zwischen den Randpositionen im politischen Spektrum – bei Downs etwa die 50 als Mitte zwischen 0 (der äußerste linke Rand) und 100 (der äußerste rechte Rand). Vielmehr ist die Mitte jene ideologische Position, an der und um die herum sich das Gros der Wahlberechtigten konzentriert. Als solche kann sie weiter

6 Klassisch, aber lediglich en passant bei Hotelling (1929).

links oder weiter rechts liegen oder sich über die Zeit zur einen oder anderen Seite verschieben.

Downs will dieses Modell nicht auf den überschaubareren Fall des US-amerikanischen Zweiparteiensystems beschränkt wissen, in dem es das Wahlsystem neuen Parteien darüber hinaus schwer macht, Fuß zu fassen. Ein Mehrparteiensystem ist ihm zufolge wahrscheinlich bei einer multimodalen Verteilung der politischen Präferenzen, die mehr als zwei (lokale) Maxima aufweist. Für die Parteien ist es, so Downs, strategisch klug, auf ihrer Position zu verharren, da sie sonst ihren Konkurrenten eine offene Flanke bieten und so Gefahr laufen würden, Wählerstimmen zu verlieren.

Jedoch ist der deutsche Fall etwas anders gelagert als in Downs Modell. Deshalb verdienen es einige Besonderheiten des deutschen Mehrparteiensystems, erwähnt zu werden. Konkret ist das deutsche Parteiensystem seit dem Zweiten Weltkrieg durch eine hohe Stabilität gekennzeichnet. Nach den ersten Wahlen findet bis 1976 eine Konzentration auf zwei große, sogenannte Volksparteien – CDU/CSU und SPD – sowie eine kleine, als „Königsmacher“ agierende Partei, die FDP, statt (Alemann 2010). Die erfolgreichen Neugründungen finden beide am linken Rand statt. Dabei sind Die Grünen eine originäre Neugründung aus einem gesellschaftlich relevanten Thema, das im Zuge des so genannten postmaterialistischen Wertewandels (Inglehart 1998) virulent wurde. Die PDS/Die Linke ist zum einen das Ergebnis der deutschen Wiedervereinigung und damit des Beitritts eines besonders gelagerten Wählermarktes (Vollmer 2013). Zum anderen geht in der Partei Die Linke die kurzlebige WASG auf, die sich von der SPD aus Protest gegen die neoliberalen Reformen des Sozialstaats („Agenda 2010“) abgespaltete. Gleichwohl fügen sich diese neuen Parteien nach einer Phase der Anpassung und Entwicklung von Vollprogrammen (Nestler 2015, S. 259–262) in die bereits vorhandenen politischen Blöcke, bürgerlich vs. links, ein. In dieser Konstellation ist nach der Rückkehr der FDP in das bürgerliche Lager das von Downs beschriebene Zielen auf Wählerstimmen in der Mitte durch klare Koalitionsaussagen auch im deutschen Mehrparteiensystem wieder wahrscheinlich, da es für die Parteien attraktiv ist. Schwierigkeiten erwachsen allerdings aus der Schwäche der FDP. Sie ist 2013 aus dem Bundestag ausgeschieden und hat die CDU/CSU nach 2005–2009 in eine weitere große Koalition „gezwungen“. Weiterhin zeigt sich, dass die Parteien des linken Lagers, welche in den 2000ern zum Teil eine strukturelle Mehrheit hatten, auf Bundesebene momentan keine parlamentarischen Mehrheiten auf die Beine stellen können. Die Gräben zwischen Die Linke einerseits sowie der SPD und den Grünen andererseits sind zu tief und für eine Neuauflage von Rot-Grün schneidet die SPD in der Wählergunst eindeutig

zu schwach ab. Das Modell Schwarz-Grün wird zwar parteistrategisch und medial viel diskutiert und in Hessen sowie in Baden-Württemberg (gar als Grün-Schwarz) auf Landesebene praktiziert, ist aber im Bund noch nicht reif für die Umsetzung.

Letztlich ist mit dem Aufkommen der AfD 2013 erstmals eine Partei in Erscheinung getreten, die sich anschickt eine Etablierung rechts der Union zu bewerkstelligen (Nestler/Rohgalf 2014). Dabei kritisiert sie zum einen einen „Substanzverlust“ der CDU und postuliert zum anderen, dass die Mitte weiter rechts liege, als das Parteiensystem es nahelege. Damit sind wir bei einem wichtigen weiteren Aspekt von Mitte angelangt.

2.3. Mitte und Deutungsmacht

Wie gesagt, die unter 2.1. skizzierte Verortung der Wählerschaft auf einer Links-Rechts-Achse ist stark idealisiert und liegt so bestenfalls für einzelne Themen vor. Ähnlich verhält es sich mit der Verortung der Parteien selbst. Der Begriff der Mitte ist unter diesen Bedingungen vergleichbar mit den Ideologien bei Downs. Ideologie ist dort nicht zu verstehen als Täuschung oder als falsches Bewusstsein (wie klassisch bei Karl Marx). Statt Ausdruck eines irrationalen Glaubens zu sein, erfüllt sie nach Downs den Zweck, kostspielige Prozesse der Informationsbeschaffung (über die Positionierung der WählerInnen bzw. Parteien) abzukürzen. Ideologien stellen ein komprimiertes Gesamtpaket dar, das eine schnelle Verortung erlaubt – in dieser Hinsicht ist der Rekurs auf Ideologien rational.⁷ Ganz ähnlich fungiert auch die Mitte in der politischen Kommunikation als Mittel, das allen Beteiligten Zeit und Aufwand erspart. Hierdurch verliert die inhaltliche Bestimmung von Mitte freilich an Schärfe.

Hinzu kommt noch, dass Parteien nicht allein strategisch auf eine vorgefundene Verteilung ideologischer Positionierungen auf Seiten der Wahlberechtigten reagieren. Sie gehören auch zu jenen politischen Akteuren, die öffentliche Meinung und die Positionierung der WählerInnen zu verändern suchen. Im positiven Sinn versuchen sie, die Öffentlichkeit zu überzeugen. Es muss aber auch davon ausgegangen werden, dass ebenso Überredung und Manipulation zu Anwendung kommen.⁸ So oder so haben wir es in der

7 Für eine ähnliche rationalistische Interpretation der Ideologie siehe auch Boudon (1989).

8 Nach Art. 21 des Grundgesetzes wirken die Parteien bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ mit. Sie erfüllen eine wichtige Funktion bei der Interessen- und Mei-

Politik nicht zuletzt auch mit Kämpfen um Deutungsmacht oder gar um Hegemonie zu tun (Laclau/Mouffe 2001). Insofern greift das Modell von Downs zu kurz.

Wenngleich es auch Parteien gibt, die ihr Alleinstellungsmerkmal gerade in der Positionierung an den politischen Rändern sehen, spielt in den Kämpfen um Deutungsmacht der Rekurs auf die Mitte der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Angesichts der mit der Mitte verbundenen positiven Konnotationen ist dies nicht verwunderlich. Es geht für die politischen Akteure letztlich darum, den positiven, jedoch inhaltlich unterbestimmten Begriff der Mitte im eigenen Sinne zu besetzen. Fraglos funktioniert das aber auch nicht ohne jegliche empirische Grundierung.

Die Besetzung der Mitte der Gesellschaft besteht aus zwei Teilen. Zum einen wird postuliert, dass es eine unimodale Verteilung der ideologischen Positionierung und politischer Präferenzen gibt, wie wir sie in Abb. 2 gesehen haben. Zum anderen aber wird ein gewisses politisches Spektrum um den Gipfel herum identifiziert, das als Mitte der Gesellschaft bezeichnet wird. Dabei ist nicht unbedingt von einer symmetrischen Verteilung um den Gipfel herum auszugehen.

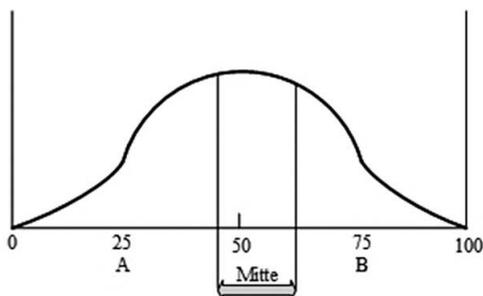


Abb. 4: Die postulierte Mitte

Mit dieser Identifikation wird eine Behauptung über das aufgestellt, was in der Politik als „normal“ und akzeptabel, vernünftig diskussionswürdig sowie gemäßigt und demokratisch (im Unterschied zu extrem) gilt. Es wird so ein Maßstab eingeführt, an dem die Positionierung von Akteuren und ihren

nungsakkumulation. Zugleich sehen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, nicht nur bei der Willensbildung mitzuwirken, sondern diese zu monopolisieren. Kritisch ist dann etwa vom „Parteienstaat“ (Hennis 1998) die Rede. Die fehlenden Optionen bei dieser Meinungsbildung werden nicht zuletzt auf die Reduzierung auf Parteien als Vehikel des Wählerwillens zurückgeführt (Nestler 2014).

Äußerungen zu messen ist. Innerhalb der Mitte kann freilich wiederum zwischen weiter links und weiter rechts unterschieden werden. Auch wird es Grenzgänger geben. Je weiter die Positionierung außerhalb der Mitte liegt, desto entschiedener die Ablehnung. Im politischen Diskurs der Gesellschaft können so durchaus unterschiedliche, miteinander konkurrierende postulierte „Mitten der Gesellschaft“ zu finden sein.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Etablierung einer Mitte-Vorstellung ist sicherlich die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Weimarer Republik, in der die gemäßigten, republikanischen Parteien gegenüber den Nationalsozialisten einerseits und den Kommunisten andererseits ins Hintertreffen gerieten, diente als Negativfolie („Bonn ist nicht Weimar“), vor der sich ein starker anti-extremistischer-Konsens formierte (Sontheimer 2004). Die politische Stabilisierung hing zudem unmittelbar mit der ökonomischen Erholung zusammen. Im Angesicht des so genannten Wirtschaftswunders schienen die sozio-ökonomischen Konfliktlinien der Vorkriegszeit maßgeblich entschärft zu sein. Das Bild einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft bestimmte lange entscheidend das Selbstverständnis der alten Bundesrepublik (Fischer 2007, S. 72–91; Münkler 2012, S. 205–239).

Wir werden uns im Folgenden mit dem prominent von der rechtspopulistischen AfD erhobenen Vorwurf beschäftigen, die im Parlament vertretenen Parteien, in erster Linie die konservative „Christlich Demokratische Union“ (CDU), würden zwar für sich in Anspruch nehmen, die Mitte der Gesellschaft zu repräsentieren, diesem Anspruch aber nicht gerecht werden. Aus der so politisch „heimatlos“ gewordenen Mitte ergebe sich ein die Demokratie gefährdendes Repräsentationsdefizit. Die AfD wiederum adressiere dieses Defizit und „rette“ demnach die Demokratie in Deutschland. Offenkundig haben wir es hier mit einem Konflikt um die Deutung der gesellschaftlichen Mitte zu tun.

3. Die CDU des 21. Jahrhunderts

Seit dem Ende des Systemkonfliktes 1989/91 ticken die Uhren in der Welt anders. Thomas L. Friedman hat den Prozess der Veränderung, als ein Flacherwerden der Welt beschrieben (Friedman 2005). Tatsächlich sind die medial griffigen Beschreibungen von Globalisierung, Digitalisierung, Indi-

vidualisierung o. ä. und ihre wissenschaftliche Sekundierung⁹ dazu angetan, das populärwissenschaftliche Bild zu stützen. Für die Parteien in den westlichen Demokratien und, man könnte sagen, mit ein wenig Verspätung auch in Deutschland, zieht dies eine notwendige Anpassungsleistung nach sich (Dalton/Welzel 2014; Wagner 2014, S. 30–37), wenn die Teilnahme im Wettbewerb um Wählerstimmen weiterhin erfolgreich bestritten werden soll. Das folgende Kapitel wird vor diesem Hintergrund die Entwicklung der CDU seit 2000 darstellen (3.1.). Dabei stellt sich die Frage: Handelt es sich hierbei um eine Modernisierung oder einen Substanzverlust in Organisation, Personal und politischen Standpunkten (3.2.)?

3.1. Entwicklung der Union seit 2000

Die CDU ist nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 in den westlichen Besatzungszonen, also den von den Amerikanern, Briten und Franzosen administrierten Gebieten, als politische Organisation entstanden. Als christlich demokratische Partei kann sie als direkter Nachfolger der Deutschen Zentrumspartei gelten. Über deren klassisches religiöses Milieu hinaus positionierte sie sich in dieser Phase durch eine Bejahung der Westbindung, der Sozialen Marktwirtschaft in Verbindung mit Demokratie und einem sonst konservativen Politikverständnis (Walter/Werwath/d'Antonio 2011, S. 15–17). Diese breite Aufstellung machte sie über Konfessions-, Bildungs-, Einkommens- und Altersgrenzen hinweg wählbar und zur Volkspartei (Kirchheimer 1965). Nach der Wahl zum ersten Bundestag 1949 nahm die CDU bis 1966 eine dominante Stellung in der jungen Bundesrepublik ein und prägte diese entscheidend (Niclauß 2015, S. 27–41). Nach der ersten Großen Koalition (1966–1969) und der sozial-liberalen Ära (SPD-FDP) war sie 1982 unter Helmut Kohl in die Regierungsführung zurückgekehrt. Dieser unternahm dann auch die Formung des wiedervereinigten Deutschlands bis 1998. Seit 2005 ist die Union unter Angela Merkel nach siebenjähriger Pause wieder die führende Kraft im Bundestag. Dabei musste die Kanzlerin allerdings von 2005 bis 2009 und seit 2013 eine Große Koalition (mit den Sozialdemokraten) bilden (Zolleis/Schmid 2013, S. 421 ff.).

Am 10. April 2000, auf dem CDU-Bundesparteitag in Essen, wurde Angela Merkel mit 95,94 Prozent zur Bundesvorsitzenden gewählt. Sie beerbte

9 Siehe v.a. Bauman (2003), Castells (2010), Held et al. (1999), Zürn (1998). Zur repräsentativen Demokratie im Besonderen: Manin (2007), Rosanvallon (2010).